

**Erscheint täglich**  
nachmitt. mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

**Abonnementspreis**  
monatlich 80 Pf.  
vierteljährlich 1.50 Mk.  
jährlich 3.00 Mk.  
postfrei mit dem  
Postamt, 1.00 Mk. zehrl. Zuständig.

**Die Neue Welt**  
(Wirtschaftsbeilage)  
durch die Post nicht vertre-  
bar, kostet monatlich 10 Pf.  
vierteljährlich 30 Pf.

Erstausg. Nr. 1047.  
Verlagsges. Halle.  
Verkaufsst. Halle.

# Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

**Inserionsgebühr**  
betragt für die Spalten  
zeitlich nach dem Raum  
30 Pf., für Wohnungs-  
partei- u. Gewerkschafts-  
anzeigen 10 Pf.  
Im reaktionären Falle  
kann die Stelle 75 Pf. betragen.

**Illustrate**  
für die fällige Nummer  
müssen spätestens bis zur  
Expedition ankommen  
sein.

Eintragungen in die  
Postzeitungs-Liste  
unter Nr. 786a

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21. Hof 2 C

Expedition Geisstr. 21. Hof part. 1

## Entscheidungskampf.

Die politische Situation und die Stellung der Arbeiterklasse zu derselben wird vom Vordrängen in folgender markigen Weise skizziert:

Mit der Reichsgründung begann die Richtung der Millionäre, mit der Bismarckschen Getreidepolitik die Schmarogerei des Junkertums. Durch Verhängnis des Sozialistengesetzes sollte das murrende Volk niedergedrückt werden und unter dem Schandjoch der Weichheit das Reich des kapitalistischen Reichturns und der arbeitenden Armut.

Die Armen und Arbeitenden rebellierten gegen das Unterdrückungsjoch und sprachen sich in ihren Reihen. Wütender von Jahr zu Jahr erhob sich die Partei der Arbeiter, die Sozialdemokratie. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wurde die Arbeiterklasse stark genug, daß alle ferneren Verträge neuer Umfänge und Zusichensprüche scheitern mußten. Mit dem neuen Jahrhundert markiert die Arbeiterklasse aus der Zeit vorwiegender Abwehr in die Zeit machtvoller Offensive gegen den weichen Feind, geht mit ganzer Kraft an die Bewirtung ihres großen Werkes: die Umgestaltung des Ausbeuterstaates in den Arbeiterstaat.

In dieser kriegerischen Epoche wollen die bisher herrschenden Klassen nochmals alles aufbieten, um durch politisch organisierten Kampf sich neu und maßlos zu bereichern und also die politische Vorherrschaft ihrer winzigen Minderheit auf weitere Jahrzehnte zu bewahren.

Die Frage ist klar gestellt: Siegt der Volkswähler, so bleibt Deutschland das Land der Junkerherrschaft, der böhschen und militaristischen Privilegienwirtschaft, der kapitalistischen Ausbeutung, so bleibt alle Verantwortlichkeit auf allen faktuellen Gebieten, die klägliche Volksschule, die Mäcker und Büttel, der Stillstand der sozialen Reformen.

Wird der Volkswähler verhindert, so endet das Parolen- und die Junkerherrschaft, so wird die Bahn frei für besseres Schulwesen, für gründliche Sozialpolitik, für Bekämpfung des Militarismus, für Entfesselung des ländlichen Proletariats, für den Aufstieg der gesamten Arbeiterklasse, für Freiheit und Kultur.

Dauernde Auswanderung oder wirtschaftliche Erhöhung! Politische Knechtung oder politische Gleichberechtigung! — um nichts weniger geht der große Kampf, in dem das deutsche Volk jetzt steht.

Die Entscheidung über den Volkswähler entscheidet die Zukunft Deutschlands. Sie entscheidet nicht nur über unsere wirtschaftliche Zukunft, sie entscheidet über unsere politische Zukunft; sie entscheidet, ob Deutschland ein Staat der Junker und der Großgrundbesitzer bleiben, oder ob es beginnen soll ein Kulturstaat zu werden.

Die Feinde des Volks sehen all ihre Mittel, all ihre Macht ein in diesen Kampf um ihre Herrschaft, der zugleich ihr Vermehrungskampf ist. Sie drohen die Ordnung des Reichstags zu stützen und die Grundlagen der Reichsverfassung zu zerstören, um die Fortdauer ihrer Vorrechte und ihrer Ausbeutung zu sichern.

Wohl sind sie untereinander nicht gänzlich einig. Die Sammelpolitik, die — nach Bismarckschen Rezepten und Miquelscher Diplomatie — den Feudalismus des Großgrundbesitzes mit dem Feudalismus der Fabrik im Zeichen gemeinschaftlicher Ausbeutung einen soll, stößt auf Schwierigkeiten.

Die Großindustrie fordert Anschluß der Auslandskonkurrenz, damit ihre Wucher-Ringe und Wucher-Syndikate sich ungehemmt entfalten. Die Junker verlangen statt der Brotvermehrung durch den 3/4-Mark-Zoll die Aushebung durch den 7/4-Mark-Zoll.

Die Großindustrie fragt über agrarische Ueberbegehrtheit, die den nötigen Anschluß von Handelsverträgen gänzlich verhindert. Die Junker fragen über alle hohe Industriezölle, die die Landwirtschaft schwer belasten und schädigen.

Doch die Reichsregierung ist die Regierung der ausgebeuteten. Jedem werde sein Teil, niemand werde benachteiligt! Auf gleicher Wage werde gemessen für Diebstahl und für Bestrafung! Dem Junker sein gerechtes Teil, dem Industrieproletariat sein gerechtes Teil. Gerechtigkeit ist das Fundament der Königreiche.

Und die Parteien? Sie betreten die Interessen ihrer Klassen; die Konservativen ihr Junkertum, die Nationalliberalen ihre Schlotbarock, das Zentrum, die neue Regierungspartei und regierende Partei, die Interessen aller Stände und Klassen, die an der Erhaltung des Gegenwartsrechts beteiligt sind und das Neue, Befreiende fürchten.

Das ist die Mehrheit des Reichstags, welche 1898 gewählt wurde durch Betrug der Wähler und durch selbstmörderische Egotheit der Wähler, die Mehrheit, welche jetzt die Mehrheit der Schichten, die sie vertrauensvoll zum Führer ihrer Wohlfahrt bestellten.

Der Sammelpolitiker der Bundesparteien aber tritt in den Weg die Sammelpolitik der Bemühten.

Der Fabrikarbeiter und der Tagelöhner, der Handwerker und der kleine Bauer, der Gewerbetreibende und der Beamte — sie alle müssen sich sammeln. Denn sie alle, diese übergroße Mehrheit des Volkes, sind schwer bedroht durch den Volkswähler und die vermittelte dieses Volkswählers erstrebte Fortdauer des unwürdigen, kulturverderblichen Junkertums.

Außerordentliches steht auf dem Spiel. Und nicht im Parlament liegt die eigentliche Entscheidung über die deutsche Zukunft. Das Volk selbst hat die Entscheidung!

Schon bedecken sich mit Zehntausenden, mit vielen Hunderttausenden von Mannesjungen die Petitionen gegen den Volkswähler. Sie müssen weiter von Haus zu Hüfte gehen, tragen werden die unermüdlichen Arbeit. Sie bieten Gelegenheiten zur Ermüdung des Mitleidens.

Immer feurer soll der Volkswähler lodern. Immer gewaltiger und unumkehrbarer soll die Bewegung werden. Jede Form der Agitation hat hier ihr Recht, unausgesetztes Wirken ist hier Pflicht.

Fort mit den Kornzöllen!  
Fort mit dem Wucherzins!  
Fort mit dem Junkertum!

## Zum Kampf gegen den Volkswähler.

**Landwirte gegen die Getreidezölle.** Im Rückblick bei Bittau haben sämtliche Gutsbesitzer die sozialdemokratische Petition gegen die Getreidezölle mit unterschrieben. Sie haben 5, 10 bis 15 Hektar Land, das sind rund 20 bis 60 preussische Morgen. Sie erklärten: „Uns kleinen Landwirten kann der Getreidezoll nicht nur nichts nützen, sondern er schädigt uns vielmehr, weil wir nicht so viel Getreide erbaue, als wir brauchen und deshalb uns das Brot durch den Zoll verteuert wird.“

**Frühe Folgen.** Von denjenigen Firmen, die ihre Reisen nach dem Auslande senden, um dort Bestellungen auf Waren zu erhalten, wird übereinstimmend mitgeteilt, viele ausländische Kunden und zwar die besten, brachten schon jetzt alle Geschäftsbeziehungen ab, mit der Begründung, nach Übernahme des neuen Zolltariffs sei es ja ohnehin unmöglich, mit Deutschland noch weiter im Geschäftsverkehr zu bleiben, sie wollten da lieber schon jetzt mit anderen Konkurrenten sich ins Annehmen legen, von denen sie wüßten, daß sie auch später mit ihnen in Verbindung bleiben könnten. — Manche auswärtige Kunden brachen zwar auch jetzt ihre Verbindung mit Deutschland ab, lagen aber gar nichts. Die Vermittlung über den deutschen Tarifverwurf ist allgemein.

**Anschluß** soll bereits jetzt in England neue Geschäftsverbindungen anzuknüpfen suchen, um für den Fall gerüstet zu sein, daß der Warenaustausch mit Deutschland unmöglich gemacht wird.

**Gegen das Verhalten des Handelsvertragsvereins,** welcher die Fälligkeit der Opposition gegen den Volkswähler übernehmen wollte, ergeht die Freiz. Bg. den Vorwurf, er unterlasse es, in solche Gegenden seine Agitation zu tragen, in denen sie am nützlichsten sei, nämlich in die agrarisch betretenen Wahlkreise. Dagegen fordere er in sozialdemokratischen und freiwirtschaftlichen Wahlkreisen zur „Einigkeit“ auf, wo gegen eine Uneinigkeit in Zollfragen gar nicht besteht. Der Handelsvertragsverein hielt unter Leitung des H. Dr. Seimens, der mit sozialdemokratischer Hilfe im Wittenberger Kreis gewählt worden ist.

**Agarische Freiheit.** Von den Bauerbindern ist als Mitglied der Freiz. Bg. für Köthen, Weizen, Haber und Gerste der 7/4-Mark-Zoll verlangt worden. Ein Dr. B. erklärte wiederholt, wer für einen Zoll von 6 M. stimme, sei ein „Verdräcker des Bauernstandes“. Ein Antrag, 7 M. für Weizen, 6 M. für die anderen Getreidearten, wurde mit allen gegen zwei, ein weiterer Antrag, 6.50 M. für Weizen und 6 M. für die übrigen Sorten, mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Der Vorschlag einer gleichmäßigen Vergütung der 4 Getreidearten rührt von dem Zentrumsgesandten Dr. Heim her.

**Gegen die Erhöhung der Zölle für Gerste, Malz und Hopfen** wendet sich eine Eingabe des Deutschen Brauereibundes.

**Die Brautische der Agrarier.** Für den Lebensmittlwähler gehen Kundgebungen aus vom händigen Ansehen des

## Arbeit.

Roman in drei Büchern von Emile Zola. Aus dem Französischen überetzt von Leopold Kolnagewieg.

Wald mehren sich die Beweise, daß das Wasser, welches aus dem Clouque verschwand war, nun vermehrt in den Grand-Jean floß, um dort Fruchtbareit und Wohlstand zu verbreiten, anstatt wie bisher Armut und Tod. Und der Groß und das Volk gegen Lucas bekam neue Nahrung, gegen diesen Menschen. Der so unheimlich das nahm, was ihm nicht gehörte. Mit welchem Rechte hatte er den Bach abgelenkt? Mit welchem Rechte ließ er das Wasser seinen Kreaturen zufließen? Das konnte doch nicht zugehen werden, daß einer so einer Stadt das Wasser wegnahm, das immer da geflossen war, das man genossen war, das sehen, das schließlich doch wertvolle Dienste geleistet hatte. Der dünne, schmutzige Wasserfaden, der allen möglichen Unrat mitführte, der einen Resthaud verbreitete, der Krankheiten und Tod verurteilte, war vergessen. Es war nicht mehr die Rede davon, ihn einzubringen, jeder sprach nur von dem großen Nutzen, den er daraus gezogen hatte für die Bevölkerung, für das Wohlsein, für all die kleinen Erwerbsmittel des täglichen Lebens. Ein solcher Raub durfte nicht geduldet werden, die Grechrie mußte den Clouque zurückgeben, die schmutzige Mole, die die Stadt verpestet hatte.

Rabouze war natürlich derjenige, der am lauesten schrie. Er wußte am besten, sein Bürgermeister war, um diesen zu betragen, welche Maßregeln er dem Gemeinderat in dieser schwerwiegenden Sache vorzuschlagen gedenke. Er erklärte sich für besonders betroffen, weil der Clouque hinter seinem Hause an einer Gasse seines Gartens vorbeigeflossen und ihm anstandslos von grobem Nutzen gewesen war. Käte er Unterwürigkeit für einen kleinen Vorteil zu annehmen. Aber er war der Ansicht, daß die Stadt die Gasse selbst in die Hand nehmen und gegen die Grechrie einen Prozeß auf Wiederherstellung des früheren Zustandes und auf Schadenersatz antreten müsse. Courrier hörte ihn ruhig an und begnügte sich, durch gewisse seine Zustimmung zu erkennen zu geben, ohne sich zu festerer Partei-

nahme herbeizulassen, trotz des geheimen Grolls, den er persönlich gegen Lucas nährte. Dann erbat er sich einige Tage Bedenkzeit, um den Fall genau zu prüfen und sich mit anderen Personen zu beraten. Er fühlte wohl, daß Rabouze die Stadt zum Vorzugen dränge, damit er nicht selbst vorgehen müsse. Dem Unterprüferen Chatelet, mit dem er sich zwei Stunden einsperrte, gelang es denn auch bald, ihn zu überzeugen, wie weise es sei, stets andere Leute Vorweg führen zu lassen; und als er den Gliedern wieder rufen ließ, legte er ihm eingehend auseinander, daß ein von der Stadt geführter Prozeß sehr langwierig werden müßte und zu feinen entscheidenden Ergebnissen führen dürfte, während eine von einem Privatmann angestrebte Klage der Grechrie verberlich werden müßte, besonders, wenn nach der Verurteilung andere Privatleute seinem Beispiel folgten, und so ins Endlose fort.

Wenige Tage später brachte Rabouze die Klage ein und verlangte eine Entschädigungsumme von fünfzehnhunderttausend Francs. Und wie zu einem Feind vereinigte er einige Geschäftsleute, die sich unter dem unzulässigen Vorwande einer Besprechung der seit seiner Kinder-Geburt und August ihre Freunde und Freundinnen Honorine Caffaux, Coarite Mitaine und Zulienne Dacheux einluden. Alle diese Jugend war herangezogen, August war jedoch seiner alt, Coarite neu, Zulienne war ein erster Junge von vierzehn Jahren, während Honorine mit ihren neunzehn Jahren schon eine mütterliche Rolle gegen die achtjährige Zulienne, die Jungfer der Gesellschaft, spielte. Sie begaben sich alle logisch in den kleinen Garten und spielten und tollten voll Lebensmut und Unschuld, unbekümmert um den Jammer und das ihrer Eltern.

„Endlich haben wir ihn!“, rief Rabouze. „Der Bürgermeister hat mir gesagt, wenn wir die Sache bis ans Ende verfolgen, so werden wir das ganze Unternehmen zu Grunde richten. Nehmen wir an, daß mir das Gericht nur sechshundert Francs zuspricht, so ist es doch immer an die hundert, die ihm den selben Betrag machen können, was ist also eine runde Summe. Millionen kosten wird. Aber das ist noch nicht alles, er muß uns den Bach zurückgeben, er muß die Arbeiten zerstören, die er an den Quellen hat ausführen lassen, und damit wird ihm das schöne, frische Wasser wieder weggenommen, auf das er so stolz ist. Ah, liebe Freunde, das ist eine Freude.“

Alle schweigten im Verstand des Trümpels, die Grechrie zu Grunde zu richten, und besonders diesen Lucas zu geschmettern, diesen Wohlthäter, der den Handel, das Erbrecht, das Geld, die erwidrigsten Grundlagen der menschlichen Gesellschaft zerstören wollte. Nur Caffaux blieb still und nachdenklich.

„Wir wäre es lieber geteilt“, sagte er endlich, „wenn die Stadt den Prozeß geführt hätte. Aber wenn es darauf ankommt, sich herauszuschlagen, so lassen die Herren immer lieber die andern vorangehen. Wo sind sie denn, die hundert, die gegen die Grechrie lazar aufzutreten würden?“

„Ich für meinen Teil wäre gleich dabei!“, rief Dacheux, „wenn mein Haus nur nicht auf der andern Seite der Straße läge! Aber vielleicht geht es doch, denn der Clouque berührt den Hof meiner Schwiegermutter. Der Genter soll's holen, ich muß dabei sein!“

„Da ist bereits einmal Madame Mitaine“, sagte Rabouze, „die sich genau in derselben Lage befindet wie ich, deren Haus ebenso gefährdet ist wie das meinige, seitdem der Bach vertrieben ist. Sie werden klagen, nicht wahr, Madame Mitaine?“

Er hatte sie eingeladen in der geheimen Absicht, sie zu einer offenen Erklärung zu drängen, daß sie sich den Feindseligkeiten anschließen würde, denn er mußte, wie vriedertig und sanft die wärdere Frau war. Sie nahm seine Worte lagend auf.

„Der Schaden, den das Verlegen des Clouque mir verursacht hat! Mein lieber Nachbar, in Wirklichkeit verhält es sich so, daß ich Befehl gegeben habe, niemals einen Tropfen dieses verberbten Wassers zu verwenden, da ich befürchte, daß meine Kunden krank davon werden könnten. Der Bach war so schmutzig und roth so schlecht, daß wir an dem Tage, wo er wieder zu fließen angefangen haben würde, gegungen wären, ihn mit großen Kosten einzunehmen, was ich schon einmal angesetzt wurde.“

Rabouze that, als habe er nichts gehört.

Jedenfalls ist Sie aber doch mit uns, Madame Mitaine, Ihre Interessen sind die unrigen, und wenn ich meinen Prozeß gewinne, so werden Sie doch mit den andern Konsequenzen an den Nachbarn zumachen, die sich auf das Uebelstügen können.“

„Wir werden sehen, wir werden sehen“, erwiderte die schöne Madame, ernst geworden. „Ich werde gerne mit der Gerechtigkeit gehen, wenn sie gerecht ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Landwirtschaftsrates, vom händigen Ausschuss des Bundeskongress-Vollzugs und vom Wirtschaftlichen Ausschuss. Daneben fungieren die einzelnen Landwirtschaftsräte, das Plenum des Deutschen Landwirtschaftsrates und das Plenum des Preussischen Landesökonomie-Vollzugs. Dazu kommen dann noch Ausschüsse und Generalversammlungen des Bundes der Landwirte. Aber es sind durchaus immer dieselben Personen, welche Resolutionen fassen, jedenfalls immer dieselben Dratzgänger, welche die Vorträge lesen und sich gegenseitig als „Autoritäten“, die mit „wissenschaftlichen Gründen“ arbeiten, der Welt anpreisen. Bis zum vorigen Herbst hat man sich mit den Aufzügen auf der Bühne. Diejenigen Statisten, welche im Aufzuge in den Kaulissen links abgehen, schließen sich demselben Zuge hinter den Kaulissen wieder an und paradiert auf diese Weise nochmals und immer wieder aufs neue vor den Zuschauern, so daß diese den Eindruck eines endlosen Zuges und den Anschein einer Massenbewegung erhalten.

Da hat J. P. Graf v. Schwerin-Vömling neben ein Tarifprogramm publiziert als Vorsitzender des händigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates. Vor wenigen Wochen hat derselbe Graf v. Schwerin ein Programm des händigen Ausschusses des Preussischen Landesökonomie-Vollzugs als dessen Vorsitzender veröffentlicht über den Entschluß in den Provinzen Posen und Westpreußen unter Verjährung der Erhöhung von Getreidepreisen. Derselbe Graf v. Schwerin-Vömling ist Vorsitzender der Landwirtschaftskammer in Pommern und war ebenso Mitglied des Wirtschaftlichen Ausschusses zur Begutachtung des neuen Zolltarifs. — Dr. Dade ist Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrates und hat als solcher neben dem händigen Ausschuss deselben gegen Ansetzungen von Mitgliedern des Plenums verteidigt. Derselbe Dr. Dade ist aber auch Generalsekretär des Preussischen Landesökonomie-Vollzugs. Auch die übrigen Herren Vortragsredner nehmen je in mehreren agrarischen Körperchaften maßgebende Stellungen ein. Uns ist hier: Der eigentliche Bauerndamm, soweit er durch den Klein- und Mittelbesitz vertreten ist, hat in all den großnämigen Körperchaften keine Vertretung, geschweige denn der ländliche Arbeiter. — Vor zweiundzwanzig Jahren stellte sich der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. die Aufgabe, die Autorität des Ständebewusstseins zu ruinieren. Heute sind wir so weit, daß die Junkerinteressen und die kapitalistischen Forderungen die Interessen aller anderen Berufsstände überwindet haben.

## Tagesgeschichte.

Alle 26. August.

### Ueberflüssige Warnung.

Seit der Vorwärts unter den Mitteln, mit deren Hilfe die Sozialdemokratie verfahren wird, den Vortragsbuch zu stellen zu bringen, auch die parlamentarische Diskussion im Reichstage angeht, hat, erheben alle Seiten zunehmende Warnen, die den Vorwärts des Staatsrechts in mehr oder minder verächtlicher Gestalt an die Wand malen. Die Regierung werde, so meinen sie, auf die Diskussion mit Gewaltmitteln antworten, vielleicht gar den Reichstag auflösen. Was das letztere „Gewaltmittel“ anlangt, so haben wir bereits vor acht Tagen erklärt, daß uns nichts Unangenehmes passieren könnte als eine Auflösung des Reichstages unter der Wahlparole: Für oder gegen den Zollwucher. Leider wird sich die Regierung schwer hüten, der Opposition den Gefallen einer Reichstagsauflösung zu erweisen. Und will die Regierung das Bestreben der konservativ-ultramontanen Reaktion unterstützen und die Herabsetzung der zur Beschaffung im Reichstag erforderlichen Brückenzölle durchzuführen, so haben wir schon vorhin Winter ausgeführt, daß die Opposition sich vor diesem „Gewaltmittel“ erst recht nicht zu scheuen braucht. Abgesehen, daß eine derartige Maßnahme die Schlichtigkeit und Kraftlosigkeit des heutigen Systems auch dem lächerlichen Auge erkennen lassen würde, hätte die Opposition in die erste Hälfte des Jahres mit einer wesentlich geringeren Stimmenzahl die Mehrheit zu erlangen. Denn wird die jetzt zur Beschaffung erforderliche Stimmenzahl von der Hälfte — 199 — auf das Drittel — 133 — herabgesetzt, so können die politischen Volkvertreter der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen erst recht nicht mehr in härterer Anzahl den Sitzungen bei, und die Opposition bedürfte, um ihre Angriffe zu Annahme zu bringen, 30–40 Stimmen weniger. Da nun erfahrungsgemäß die Wänke der Linken, namentlich die der Sozialdemokratie, besser besetzt sind als die der Rechten und des Zentrums, so würde die Herabsetzung der Brückenzölle einen direkten Vorteil für die Opposition bedeuten, und so thöricht ist wieder die Regierung noch die Rechte noch auch das Zentrum, daß sie dieses Risiko nicht auch antauchen würde. Also bange machen gilt nicht, und die Sozialdemokratie wird alle Mittel der Geschäftsförderung anwenden, die geeignet sind, der Wucherkompanie einen kräftigen Stütz durch die Rechnung zu machen.

Die Frankf. Ztg. giebt uns den guten Rat, den Feldzug gegen den Tarifwucher als „Aufklärungsfeldzug“ zu betraditen, in dem die Opposition ihre innere Kraft und Vorwärtigkeit zu betonen habe, ein „bisheriges“ Diktat: „König die Sache nicht befehlen.“ — Dieser „aufklärerischen“ Bescheid bedarf die Sozialdemokratie nicht. Sie wird in eingehender Weise alle sachlichen Einwände wiederholen; aber sie weiß vorher, daß alle sachlichen Einwände an der mit Eigentum gepanzerten Junkersitz wirkungslos abfallen werden, und dann tritt eben das grobe Geschick der Diskussion in Tätigkeit.

Die Wenderung des Wahlrechts ist freilich auch noch ein mögliches Mittel, mit dem die Reaktion arbeiten kann. Mag man es anwenden, wenn man dem Volke den letzten Rest von Glauben an die Möglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung des nichtbestehenden Volkes mit den herrschenden Klassen rauben will. Auch auf dieses Mittel würde das Volk die richtige Antwort ohne langes Überlegen finden.

### Römisches.

Nicht der Oerführer ist es, welcher den Sieg erringt, sondern die breiten Massen des Volkes und mit ihm kämpfenden Massen, in dessen Händen der Ausschlag liegt. Es ist mir deshalb eine tief empfundene Pflicht, dem Bekannnis Ausdruck zu geben, daß all jene glänzenden Erfolge des innerpolitischen Fortschritts, von denen die Annalen des verflorenen Jahrhunderts berichten, vom Volke durch eigene Energie, Handlungsfreudigkeit und Beharrlichkeit errungen wurden und daß die Nation in größerem Maße sich selbst als ihrem Königsstuhle Dank dafür schuldet, wenn die Verwirre des Aufblühens auch für kommende Zeitalter wertvolle nationalökonomische Gesetze hinterlassen.

So hat vor wenigen Tagen aus Anlaß einer Reise in Dorebro gesprochen der — schwedische König.

glaubt nicht an die Thatsächlichkeit der Werbung, sagt aber ganz richtig hinzu, man hätte der Verstorbenen nicht ein Recht vorenthalten dürfen, das jeder Witwe zusteht und von dem auf mündlicher Seite der preussischen Justiz wiederholt Genug gemacht worden ist. Sie verweist dabei auf den „großen“ Kurfürsten (1640–1688), der zweimal verheiratet war; sein Sohn Friedrich I. der erste König in Preußen, hatte drei Frauen; Friedrich Wilhelm II. hat, nachdem er von seiner ersten Frau verabschiedet war, noch dreimal den Segen der Kirche für eine neue Ehe erbeten, so daß er viermal in aller Form verheiratet war. Und Friedrich Wilhelm III., der Gatte der Königin Luise, ging im Alter von 54 Jahren eine zweite Ehe ein mit der unter dem Namen der Kaiserin von Vömling bekannt gewordenen Gräfin Auguste Harrach. Wäre es unmöglich gewesen, alle diese neuen Ehen zu verschweigen, so wäre es eben unmöglich gewesen, eine etwaige neue Ehe der Kaiserin Friedrich zu verschweigen, ganz abgesehen davon, daß es absolut unmöglich gewesen wäre, eine zweite Vermählung der Kaiserin mit dem Siegel des hohenjöllerschen Familiengehimmels zu bedecken.

Bei dem klaren Gerichte ist es indessen nicht einmal geliebt. In der Zukunft ist die Wiedererrichtung der Kaiserin Friedrich in dritter Ehe als Thatsache hingestellt worden. Jetzt Tage sind leitend ins Land gegangen, und von seiner Seite ist die Mitteilung Maximilian Hardens demerkt worden. Dem Volke wird es ziemlich gleichgültig sein, ob eine zweite Verheiratung vorgelegen hat oder nicht; es wäre nur zu wünschenswert, daß es verschwiegen gehalten würde, wenn thatsächlich eine zweite Ehe von der Verstorbenen eingegangen worden ist.

Graf Bülow wird einer offiziellen Mitteilung der Nordd. Allg. Ztg. zufolge der Begegnung des deutschen Kaisers mit dem Jaren vernommen. Die Begegnung wird trotzdem nur ein Akt reibter Höflichkeit sein.

Englische Werber in Deutschland! Laut den Hamburger Neuesten Nachrichten bringen drei englische Agenten seit geraumer Zeit die Arbeitsnachwehler der Patriotischen Gesellschaft in Hamburg als Werberplatz für Silberraf. In dem den Werbern das Handwerk nicht alsbald geliebt worden?

Die Wehrfähigkeit Deutschlands soll bekanntlich durch den Brotwucher erhalten werden. Nur das platte Land soll gute Wehrleute in ausreichender Zahl stellen, die Stadt ruiniert die männliche Jugend. Schon Brentano hat in diese Behauptung, die lange Zeit als Dogma galt, durch die Unternehmung der bairischen Wehrverhältnisse eine Breche gelegt. Er wies nach, daß die Industriegebiete prozentual mehr Wehrfähige stellen, als das Land. Die Agrarier betritten während, daß er recht haben könne. Jetzt hat Sanitätsrat Dr. Elben bei Unternehmung württembergischer Verhältnisse daselbe gefunden. Der ganz überwiegend bäuerliche Jagstkreis liefert 3 Prozent weniger Wehrleute als der Industriekreis, wo die industrielle Bevölkerung die landwirtschaftliche überwiegt.

Militärjustiz. Vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf stand vier Tage wieder einmal ein Soldatenhändler, nämlich der Unteroffizier Krieh von der dritten Kompanie des 16. Regiments. Der Mensch lieg abends, wenn seine Korporalschaft zu Bett gehen wollte, die Kette sich hängen, dann wieder sofort aufstehen, wieder anziehen, wieder hinstellen, wieder anziehen, aufstehen etc. So qualte der Unteroffizier die Untergehenden sehr häufig. Wenn er einen nicht gut geputzten Streifen eines Soldaten sah oder einen Helm, dann warf er Stein und Stiefel dem Soldaten an den Kopf, schreihend mit den bekannten Schimpfwörtern. Das Gericht sagte die Sache äußerst milde auf. Der Unteroffizier erhielt 14 Tage Mittelhaft. — Dasselbe Gericht hatte auch über einen Soldaten zu urteilen, der sich im Gefängnis gegenüber einem Aufseher renitent benommen hatte. Dieser Mann erhielt 3 Monate Gefängnis.

Es geischen Zeichen und Wunder! Während die Kreisblätter, als vor landwirtschaflichen und agrarischen Einfluß lebend, sich für möglich hohe Zölle begeistern und dabei der agrarischen Doktrin holden, billiges Brot für kein wirtschaftlicher Segen, enthält ein vor den Thoren Berlins erscheinendes Kreisblatt — das Dübenerländer Kreisblatt in Nauen — eine lebhafte Polemik über die Teuerung:

„Die Fleischpreise sind neuerdings in hiesiger Stadt (Nauen) wiederum nicht unerheblich gestiegen. Die Schlichtermeinung motiviert die Erhöhung mit den hohen Viehpreisen. Die Fleischpreise sind nun thatsächlich auf einer Höhe, daß sich der sogenannte „keine Mann“ der Viehriemen in Bezug auf Fleischpreise enger zu schmalen gezwungen sieht. Weiter ist ebenfalls teuer geworden. Brot und Kartoffeln sind nicht gerade billig. Wenn nun, am Heberflüssigen, welche schon jetzt von dem kommenden „strengen“ Winter sprechen, recht bestanden, dann sehen die Einwohner, deren Einkommen nicht mit dem Lebensmitteln steigt, recht trüben Zeiten entgegen.“

Genüß! So ist's! Und wenn der Zolltariff Geleis wird, und wenn demgemäß Fleisch, Brot und Kartoffeln noch weiter, bis zu 50 und 100 Prozent, im Preise steigen werden, wie es der Fall sein wird, wenn die auswärtige Zufuhr von Fleisch und Getreide auf ein Minimum herabgedrückt sein oder ganz aufhören wird, so wird das Schicksal des Vertriebens bis zur Weltentlastungsklausel fortgesetzt werden müssen, und das Hungern wird eine Nationalbeschäftigung der Deutschen werden.

## Zusland.

Frankreich. Der Jarenbesuch. Der Jigaro veröffentlicht einen offenen Brief an den Präsidenten Loubet, worin dieser ersucht wird, aus Anlaß des Jarenbesuchs eine Amnestie für alle politischen Verurteilten zu erlassen. In diesem Falle würden alle Bürger Frankreichs den hohen Besuch freudig empfangen können. Cho de Paris, Gaultier, Petite République und andere nicht republikanische Blätter begründen den Amnestievorschlag des Jigaro und stimmen diesem zu. Cho de Paris legt dem Kriegsminister ganz besonders diejenigen Offiziere ans Herz, welche durch den Dreyfus-Prozess aus der aktiven Armee entzerrt wurden.

Das Generalkomitee der sozialistischen Partei hat bezüglich des Jarenbesuchs folgendes Manifest an das sozialistische Proletariat erlassen: „Im kapitalistischen Regime sind alle Regierungen unfähig, welches auch ihre Schattierung sein mag. Sie bleiben stets und notwendig die Vertreter der Interessen und Beherrschung der von ihnen vertretenen Klasse.“

Nach der Regierung Welines ist es das Ministerium der republikanischen Verheiratung, das seinerzeit unmittelbar nach den gewählten Unterdrückungsmitteln, die das manuelle und intellektuelle Proletariat vernichtet haben, den Jaren einladet, eine Neuau von Menschen zu parhieren, die man für die künftigen Megeleten einbringt.

Wynich der Saager Verheiratungen verfassend, hat der Jaren ganz eingewilligt, in dieser Hypothese des Krieges zu figurieren. Am Augewilkt, da diese Schmach dem republikanischen Frankreich bevorsteht, erachtet es das Generalkomitee für seine

Pflicht, seinen Protest vernehmen zu lassen gegen das, was es als eine Veranforderung der Ideen des Fortschritts und der Menschlichkeit betrachtet, die bereinigt die Wölfer in einer brüderlichen Union vereinigen werden.

Das Komitee bekräftigt laut seine Solidaritätsgefühl gegenüber allen Opfern der verhassten arischen Zynismus und fordert die Genossen auf, sich abwärts von allen erniedrigenden Rundgebungen zu halten, die gelegentlich des Besuchs des russischen Despoten stattfinden werden. Das Komitee fordert die Gewählten, die sich zu den sozialistischen Prinzipien bekennen, auf, jeden Kredit für den Jarenbesuch zu verweigern unter Strafe der Entwidrigung (sans peine de dechoir) in den Augen des revolutionären Proletariats.“

Türkei. Der franko-türkische Konflikt scheint friedlich beigelegt zu sein. Eine Agence Havas-Nachricht besagt: „Infolge einer Erklärung, welche auf Anweisung des französischen Ministers des Auswärtigen der französische Botschafter in Konstantinopel der Worte gegeben hat, ordnet ein kaiserliches Trade an, daß die Kai-Geleitschaft an der unbehinderten Ausübung der aus dem Konzeptions-Nirman herrührenden Rechte nicht gehindert werden solle.“

Constantin soll die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen haben und wieder im Bolosse des Sultans aus- und eingehen. Frankreich wird auf den Ankauf der Kai-Anlagen durch die Türkei verzichten.

Amerika. Von dem Konflikt zwischen Kolumbia und Venezuela meldet das Wollfische Bureau vom Sonnabend: „An die Departements-Gouverneure ist ein vom 18. Juli aus Bogota datierter amtlicher Erlass gerichtet worden, welcher besagt, daß der Krieg sich mit Hilfe von Ausländern, welche die Grenze bedrohen, von neuem zu entfachen scheint, lebe die Negierung sich gezwungen, erstens die Zahlungen aller schwebenden Rechnungen für Kriegsmaterial vorläufig einzustellen, ihre Ausgaben auf die Bezahlung der Seeres- und Verwaltungskosten zu beschränken, zweitens alles zum Unterhalt, Ausrüstung und Mobilisierung des Heeres Erforderliche zu enteignen und drittens Kontrakte und freiwillige Anleihen zu erheben und Kriegskontributionen aufzuerlegen. Die Gouverneure werden dementsprechend ermächtigt, nach den Erfordernissen der Lage in diesem Sinne vorzugehen.“

Afrika. Vom sibirianischen Kriegsschauplatz bringt das Wollfische Bureau eine Depesche Kitcheners aus Pretoria vom Freitag. Oberstleutnant Williams, der mit seiner Kolonne das Bantualgebirge hinaufzog, fand am 19. d. M. Spuren eines großen Treffs in der Nähe von Kalkfontein. Williams holte nach Herforden die treffenden Buren ein und erbeutete nach heftigem Kampfe 9000 Patronen, 80 Wagen und viel Vieh; 18 Buren, darunter der Landrohb von Blinshof und der Telegraphist Dutoit, wurden gefangen genommen.

In der Kapkolonie gehen die Engländer mit der größten Grausamkeit gegen die Kaffern vor. Am Donnerstag wurden drei derselben erschossen und 10 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit nach Bermuda-Inseln verbannt.

Bretzels Beilegung des Krieges knüpft man sanguinische Hoffnungen an den Jarenbesuch in Frankreich.

Reitbleu meldet aus Paris, in dortigen burenfreundlichen Kreisen glaubt man bestimmt, daß bei der Zusammenkunft des Jaren mit dem Präsidenten Loubet auch die jüdischafische Lage besprochen, und Loubet den Jaren darin beistimmen werde, dem Kriege durch einen Schiedspruch ein Ende zu machen. — Das wird auch nur ein schöner Gedanke bleiben!

Afien. In Japan ist die Wehrorganisation, einem Reuterischen Telegramm zufolge, geändert worden. Danach sollen der Kriegs- und der Marineminister anstatt aktive Offiziere Zivilpersonen sein können und die volle Verantwortlichkeit mit ihren Kabinettskollegen teilen müssen. Der Plan sieht außerdem vor, daß die Chefs des Militär- und Marinebureaus in strategischen Fragen von den Ministern unabhängig und nur dem Kaiser verantwortlich sein sollen.

China. Alarmierende Nachrichten über chinesische Rüttungen bringen die Times nach dem Bureau Loffan. Demnach sollen ungeheure Mengen von Waffen und Munition in chinesischen Arsenalen angehäuft und hauptsächlich auf dem Wege des Yangtseflusses eingeführt werden.

## Soziales.

58185 Eisenbahnunfälle. Der Köln. Zeitung wird aus New-York eine furchtbare Statistik mitgeteilt. Die Eisenbahnunfälle in den Vereinigten Staaten in dem letzten Rechnungsjahre betrafen sich danach auf 58185. Es kamen 7865 Personen ums Leben und 50320 wurden verletzt. Der größte Teil der Unfälle entfiel auf das Personal. Von dem Jugs-berional wurden 1396 Getötet und 17571 verletzt, auf andere Eisenbahngesellschaften kamen 2550 Tötungen und 2072 Verletzungen. Schindlerfahrer und andere blinde Reisende lieferten die hohe Zahl von 4346 Verunglückten. Vergleichsweise gering hellten sich die Ziffern für die Reisenden. Es kamen 249 Reisende ums Leben und 4128 wurden verletzt. Außerdem aber verloren 5066 Personen das Leben und 6549 wurden verletzt beim Betreten des Waghkörpers. Vom Jugs-berional kamen auf je 137 Personen eine, die das Leben einbüßte, und auf je 11 eine, die verletzt wurde, während auf je 2316 646 Reisende ein Toter und auf je 139 740 Reisende ein Verletzter fielen. Auf je 103 Millionen Kilometer Eisenbahnfahrt fällt ein getöteter Reisender und auf je 6,2 Millionen Kilometer ein Verletzter. In den letzten 13 Jahren verloren 86 277 Personen ihr Leben durch Eisenbahnunfälle und 469 027 wurden verletzt.

## Parteinachrichten.

22 Volkversammlung werden nächsten Sonnabend in Dresden abgehalten werden. Die Tagesordnung in allen Versammlungen ist: Der Jugarbeiter für das deutsche Volk.

Vom skandinavischen Arbeiterkongress. Der von dänischen, norwegischen und schwedischen sozialdemokratischen Parteimitgliedern in Kopenhagen in diesen Tagen abgehaltene skandinavische Arbeiterkongress nahm gestern eine Rundgebung zu gunsten der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Schweden an.

## Gewerkschaftliches.

Bergmann Schürholt, seit langer Zeit im Berg- und Hüttenarbeiter-Verband als Angeleiteter thätig, hat durch Selbstmord geendet. Unter Vorkamer Parteiorgan schreibt über das tieftraurige Schicksal des Unglücklichen:

„Wir teilten kürzlich mit, daß Genosse Schürholt sich den Verleib Wohnung anseuert hatte, ohne daß man über seinen Verleib etwas wußte. Da Genosse Schürholt schon seit längerer Zeit beständliche Zeichen erster Schwermut gezeigt hatte, so war die Befürchtung nahelegend, daß er sich ein Verleib angethan habe. Diese Befürchtung hat sich nunmehr in trauriger Weise bestätigt. Unter moderner Genosse, der sich am 6. August von Sonne entfernt hatte, ist am 7. im Bodelschwingher Walde erhängt aufgefunden worden. Obne daß er rekonstruiert wor-





